

D1.43.3. Software für PC

121370

Kostengünstigere Software in der Stadtverwaltung

Beantwortung Interpellation

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 5 Mitunterzeichnende haben am 1. März 2012 folgende Interpellation eingereicht:

"In der Stadtverwaltung wird auf den PCs das Betriebssystem Windows eingesetzt. Als Officepaket benutzt man Microsoft Office, die somit ein ohnehin fragwürdiges beinahe Monopol besitzt. Für diese Software werden grosse Summen ausgegeben, dies, obwohl die Software in verschiedener Hinsicht nicht befriedigt. Als Beispiel können offenbar nicht alle Mitarbeiter Dokumente des Formats docx lesen. Mit einem unentgeltlichen Programm wie OpenOffice ist dies problemlos möglich. Auch konnte man mir eine Präsentation des Stadtplaners nur als sehr grosse nicht per Mail zu übermittelnde Datei zustellen. Mit den unentgeltlichen Programmen schaffte ich es, die Präsentation auf eine kleine pdf-Datei zu reduzieren.

Das Problem kann in den Umstieg aus Officepaketen wie OpenOffice oder LibreOffice und den Wechsel des Betriebssystems aufgeteilt werden. Ein Umstieg auf andere Officepakete ist auch bei Beibehaltung von Windows als Betriebssystem möglich.

Was den Wechsel des Officepaketes anbelangt, war die Antwort im Rahmen der Budgetdebatte nicht befriedigend. Es ist nur schwer vorstellbar, dass z. B. Microsoft Office für die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum in St. Gallen nötig ist. Es ist fragwürdig, wenn das Rechenzentrum in St. Gallen zur Abhängigkeit von einem einzigen Softwarelieferanten führt.

Der Umstieg benötigt kaum eine grössere Personalschulung als der Umstieg auf eine neue Microsoft Office Version.

Hierzu bitte ich den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Anpassungen wären nötig, um die Kommunikation mit dem Rechenzentrum in St. Gallen offener zu gestalten?*
- 2. Welche Programme sind für die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum nötig?*
- 3. Wäre auch ein teilweiser Umstieg, z.B. im Officebereich, möglich? Was wären die Konsequenzen resp. Einsparungen?*
- 4. Welche Einsparungen wären mit einer Verwendung eines anderen Betriebssystems und entsprechenden Programmen möglich?*
- 5. Welche Punkte müssen beachtet werden, damit ein solcher Umstieg möglich wird?*

Mitunterzeichnende:

Rosmarie Joss
Peter Wettler

Catherine Peer

Angela Gullo

Anton Kiwic

Sitzung vom 10. September 2012

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1

Der Entscheid, die Produkte des Verwaltungsrechenzentrums St. Gallen (VRSG) zu beschaffen, wurde am 7. Juli 1997 durch den Stadtrat gefällt. Dies hat zur Folge, dass die Stadt Dietikon von den Innovationsmöglichkeiten des VRSG, die bestehenden Produkte zu optimieren oder neue anzuschaffen, teilweise abhängig ist. Die Stadt Dietikon hat dafür die Möglichkeit, auf Probleme aufmerksam zu machen und bei der VRSG eine Verbesserung einzufordern; diese Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Eine weitere Möglichkeit des Erfahrungsaustausches besteht bei diversen durch die VRSG organisierten Veranstaltungen, die von den Mitarbeitenden der Informatik und der übrigen Stadtverwaltung besucht werden, und dem jährlichen direkten Treffen mit Vertreter und Vertreterinnen der VRSG und der Stadt Dietikon. Die Kommunikation ist konstruktiv und gewinnbringend für beide Seiten.

Die Datenkommunikation erfolgt zwingend via LeuNet. Dies ist ein geschütztes dediziertes Netzwerk, das vom Kanton Zürich betrieben und gewartet wird. In diesem Bereich hat die Stadtverwaltung keinerlei Einfluss.

Zu Frage 2

Die Nutzung der VRSG-Infrastruktur setzt folgende Softwarekomponenten zwingend voraus:

- Betriebssysteme (32-Bit) Microsoft Windows XP / Vista / 7
- Betriebssysteme (64-Bit) Microsoft Windows Vista / 7
- Microsoft.Net 3.5 Framework SP1
- Microsoft Office 2003 oder höher
- Browser Internet Explorer 6.0 / 7.0 / 8.0

Zu Frage 3

In der Stadtverwaltung arbeiten 94 % aller Benutzer und Benutzerinnen mit insgesamt 33 verschiedenen Programmen der VRSG. Dies bedingt die Nutzung der in Antwort 2 aufgeführten Produkte. Ein teilweiser Umstieg auf ein nicht Microsoft Office Produkt würde somit maximal 6 % (konkret 15 Benutzer und Benutzerinnen) betreffen. Für diese sowie auch bei Neuanstellungen müsste extra eine Schulung durchgeführt werden. Weiter müsste ein neues Korrespondenzvorlagenprogramm evaluiert und angeschafft werden. Da in den Softwarepaketen "OpenOffice" und "LibreOffice" ein Mailprogramm fehlt, müsste ein solches ebenfalls evaluiert und angeschafft werden. Um alle Funktionen des eingesetzten Exchange-Servers zu nutzen, ist die Software Microsoft Outlook zwingend nötig. Mit dem Einsatz einer Alternative zu Microsoft Outlook würden die Lizenzkosten für den Zugriff auf den Exchange-Server (Exchange CAL) nicht wegfallen. Zudem sind die sicherheitsrelevanten und administrativen Einstellungsmöglichkeiten der Software zu beachten. "OpenOffice" und "LibreOffice" unterstützen die zentral gesteuerten und automatischen Updates (analog WSUS) nicht. Auch die Konfiguration über GPO (Gruppenrichtlinien), die für das Administrieren der Software in einer grösseren Umgebung unabdingbar ist, funktioniert nicht oder nur teilweise.

Abschliessend ist zu sagen, dass aus sicherheitstechnischen und administrativen Gründen die Einführung von "OpenOffice" oder "LibreOffice" höchst ungünstig wäre. Es ergeben sich keine Einsparungen, sondern Mehrkosten.

Zu Frage 4

Alle Anbieter einer Gesamtlösung setzen analog VRSG ein Windows Betriebssystem voraus. Somit müsste die Gesamtlösung komplett neu programmiert werden. Die Stadt Dietikon hätte eine kostspielige Insellösung. Weiter müssten die bestehenden 110 Fachapplikationen grösstenteils ersetzt bzw. neu programmiert werden. Da einige Fachapplikationen sehr komplex sind, muss mit einem durchschnittlichen Preis von mindestens Fr. 10'000.00 pro Applikation und Programmierung gerechnet werden. Bei einer Einführung eines nicht Windows Betriebssystems würde die Stadt

Sitzung vom 10. September 2012

Dietikon keine Einsparungen realisieren können, sondern es wäre mit einem massiven Anstieg der Informatikkosten zu rechnen.

Zu Frage 5

Es gibt in der Schweiz keine Gemeinde- oder Stadtverwaltung, die Linux als Arbeitsplatz-Betriebssystem oder ein freies Office einsetzt. Daher sind die Auswahlmöglichkeiten von Fachapplikationen und Gesamtlösungen auf der Basis von Linux und/oder freier Office Anwendungen sozusagen inexistent. Um einen Umstieg zu realisieren, müssten viele Verwaltungen in der Schweiz geschlossen auf alle Microsoft Software verzichten. Nur dann wären die Softwarehersteller in der Schweiz gezwungen, auch alternative Software für Linux oder LibreOffice herzustellen.

Der Stadtrat beschliesst:

Die Interpellation von Ernst Joss und 5 Mitunterzeichnenden betreffend kostengünstigere Software in der Stadtverwaltung wird im Sinne der Erwägungen beantwortet.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- alle Mitglieder des Gemeinderates;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Informatik;
- Stadtschreiberin;
- Stadtpräsident.

NAMENS DES STADTRATES


Otto Müller
Stadtpräsident


Dr. Karin Hauser
Stadtschreiberin

MB 0910_interpellation kostengünstigere software.docx

versandt am:

